WP-01-K3-398

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 397 bis 401:
Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche ~~grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Wir treten dafür ein, dass die notwendige Beratung durch ein abgesichertes Angebot von~~außerhalb des Strafrechts geregelt werden und setzen uns deshalb für eine Streichung des §218 StGB ein. Wir wollen die Wartefrist und die Zwangsberatung abschaffen. Wir treten dafür ein, dass ein flächendeckendes Angebot für freiwillige Beratung durch Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft garantiert ist. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff mit

Begründung

Die klare Nennung der Streichung von 218 ist wichtig, inhaltlich und als Signal für alle Betroffenen und Aktivist*innen.
Zwangsberatung und Wartefrist werden selbst von der WHO kritisiert, sind nachweislich schädlich für die Betroffenen und führen in keinster Weise zu weniger Abbrüchen.

weitere Antragsteller*innen

Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Lichtenberg); Alexandra Geese (KV Bonn); Chantal Münster (KV Berlin-Kreisfrei); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marion Lüttig (KV München); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Johanna Mellentin (KV Fürstenfeldbruck); Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg); Katharina Späth (KV Berlin-Pankow); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei); Mira Fels (KV Hannover); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bettina Zoë Tottleben (KV Bremen-Nordost); Maya Masuhr (KV Berlin-Neukölln); Laura Catharina Mews (KV Rendsburg-Eckernförde); Antje Westhues (KV Bochum); sowie 131 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.